

Gedächtnisprotokoll der dPV-Bundesdelegiertenkonferenz 2010 in Kassel

(das Gedächtnisprotokoll ist nicht lückenlos, da nicht ständig mitgeschrieben werden konnte. Es ist ein subjektiver Bericht von der Basis, wie die Tagung erlebt wurde.)

1) Rechenschaftsbericht Fr. Kaminski:

(Beschäftigt sich nicht mit dem zurückliegenden Jahr (also mit dem Geschäftsjahr 2009), sondern fast ausschließlich mit dem Thema „Schwarzbuch“ und „Spiegel-Berichterstattung“ aus 2010. Es wurde also auf der ganzen Delegiertenversammlung kein Tätigkeitsbericht bzw. Rechenschaftsbericht des Vorstandes für das Geschäftsjahr 2009 vorgelegt.)

Aussage: „Delegiertenversammlung diesmal viel schlichter als sonst, keine Industrieausstellung, keine Ärztevorträge.“

Begründung: „Ärzte und Industrie haben sich aufgrund der Vorkommnisse von dPV distanziert. Weniger Spenden und Sponsorengelder.“

Stellungnahme zum Thema „Gehalt des Geschäftsführers“: Viel niedriger als behauptet. „Höhe des Gehalts ist nicht öffentlich“, unterliegt dem Schutz personenbezogener Daten.

Zu den 2000 Konten der dPV: „Es handelt sich um Gruppenkonten, sie gehören also nicht dem dPV-Bundesverband, tauchen daher im Jahresabschluss nicht auf. Berichterstattung in dieser Frage war ebenfalls unwahr.“

Vorwurf: „Verstoß gegen das 8. Gebot, „du sollst kein falsch Zeugnis reden“. Grob fahrlässige Berichterstattung. Hamburger Gericht hat daher Unterlassungserklärung veranlasst. Die Autoren haben nur Schlagzeilen im Blick, sie haben nicht nachgedacht.“

Vorwurf: „Falsche Berichterstattung“ bzgl. Höhe des Gehalts, Anzahl der Mitarbeitenden, Raumbeschreibung („Luxus“).

(Anmerkung: Größenangabe des Büros schwankt zw. 350 und 360 qm. Kosten inkl. Miet- und Nebenkosten sowie Instandhaltungskosten ca. 37.000.-€ in 2009)

2) Anträge zur Geschäftsordnung:

1. Haushaltsanträge sollen vor Haushaltsberatungen behandelt werden, da sie ja ggf. haushaltsrelevant sind.
2. anwesende Mitglieder sollen Rederecht bekommen, da sie ansonsten keinerlei Möglichkeiten haben Stellung zu beziehen und sich direkt einzubringen.

Beide Anträge werden vom Vorstand bzw. Geschäftsführung abgelehnt, Die grosse Mehrheit der Delegierten stimmt entsprechend gegen die beiden Geschäftsordnungsanträge. Versuche von anwesenden Mitgliedern, sich dazu zu äußern, werden radikal abgewehrt.

3) Im Anschluss an den Bericht von Fr. Kaminski: Bericht des Büros P&P (Peters und Partner / Kommunikations-, Organisations-, Unternehmens- Beratung / Hamburg) zu den Vorkommnissen um Schwarzbuch und Spiegel.

- Antrag aus dem Plenum zur GO: Ein derartiger Bericht kann nicht im Rahmen des Rechenschaftsberichts erfolgen. Er ist überdies nicht Teil der zuvor von der Delegiertenversammlung beschlossenen Tagesordnung. Inhaltlich behandelt er nicht Vorgänge aus dem das Berichtsjahr 2009, sondern aus dem laufenden Geschäftsjahr 2010.

Die Einwände werden vom Versammlungsleiter zurückgewiesen. Der Vorstand könne selbst bestimmen, ob er eine solche Präsentation durch P&P als Teil des Vorstandsberichtes vorsieht.

Bericht P&P:

„Insgesamt wurden 17 Falschaussagen nachgewiesen. Spiegelbericht sei eine Kolportage (wertend, nicht neutral, keine Stellungnahme des Vorstandes...)“.

„9 Gegendarstellungsansprüche gegen Spiegel-online.“

„8 Unterlassungserklärungen gegenüber Schwarzbuch.“

„Aussagen sind irreführend, Recherchemethoden waren nötigend, kolportierende Darstellung, sensations- und skandalorientierte Darstellung, fehlende Kompetenz, fehlende Qualitätssicherung.“

P&P zitiert „aus einer wissenschaftlichen Langzeitstudie“, die auf die Verfasser von Schwarzbuch und Spiegel-Online angewandt werden könne. In der Bevölkerung herrschten oft Vorstellungen von einem „edlem Journalismus“, die meist leider nicht zuträfen, so auch in diesem Fall. Vielmehr entstünden daraus „Schäden für die Zivilgesellschaft“.

Forderung von P&P:

„Alle Vorwürfe müssen überprüft werden („audit“). Beschwerdemanagement einführen. Öffentlichkeitsarbeit und Gegendarstellungen“.

Mehrhoff: „Wir prüfen auf Schadensersatzansprüche, z. B. Kosten für die vom Vorstand beauftragte Anwaltskanzlei und für P&P“.

Zum Auftritt der beiden Spiegel-Journalisten bei Fr. v. Renesse: „Eingeschlichen“, „eingelullt“, „keine Offenbarung“, „ging nie um richtig oder falsch, sondern nur darum etwas zu verkaufen“, „Mehrhoff ist verleumdet worden“, „war Mobbing“.

Zur Personalsituation: 4 ständige Mitarbeiter im Verband: Mehrhoff, Sekretärin + 2 geringfügig Beschäftigte. In Stoßzeiten gelegentlich vorübergehend zusätzliche geringfügig Beschäftigte (400-€Basis). Personalkosten werden insgesamt mit ca. 320.000.-€ angegeben.

Aus der Diskussion:

„Schwarzbuch ist Pamphlet, Machenschaft, Hasstirade...“

Mehrhoff informiert daraufhin die Delegiertenversammlung über Wohnort, Mitgliedschaft und Persönliches der Schwarzbuch-Verfasser. „Bekanntlich musste ja das Schneckenhaus aufgegeben werden“. „Verfasser hatte damit zu tun, vielleicht war das ja ein Grund für das Verfassen des Schwarzbuchs“. „2 miese Querulanten, die uns nur Geld kosten“.

Bericht des Schatzmeisters:

„Verfahren gegen Schwarzbuch und deren Verfasser muss eingeleitet werden“. „DPV ist aufgrund deren Verleumdungen in finanzielle Schieflage geraten (Aktion Mensch, Krankenkassen...)“

4) Haushaltsabschluss:

(Der Jahresabschluss wurde vom Büro Glade König & Partner erstellt und testiert. Vorgelegt wurde der Jahresabschluss von Herrn Mehrhoff. Nur er antwortete auf Fragen.)

Heizkosten in 2009 (Büro): ca. 7000.-€(dazu Mehrhoff als Begründung für die hohen Kosten: „Haus ist schlecht isoliert, keine anderen Mieter“)
Instandhaltungskosten: 9000.-€(gemietetes Büro!?)
Nebenkosten: ca. 4000.-€
Miete: ca. 17.000.-€
Kosten für Büro damit insgesamt ca. 37.000.-€ in 2009

DPV-Nachrichten: Herstellungskosten sind im Haushalt nicht enthalten.
Auf Nachfrage antwortet Mehrhoff: „Agentur erledigt das für uns direkt mit den Sponsoren“.

2000 Konten der dPV-Regionalgruppen: Tauchen nicht im Haushalt auf. Mehrhoff: „Diese Gelder gehören nicht dem Bundesvorstand“.

Einwand aus dem Plenum: „Die Regionalgruppen sind aber rechtlich unselbständige Untergliederungen des dPV. Die letztliche Verfügungsgewalt über deren Konten liegt beim Vorstand. Sie müssten daher in der Gesamtrechnung aufgeführt werden“.

Mehrhoff: „Es entspricht auch der Meinung anderer Steuerberater, dass diese Konten nicht in der Haushaltsdarstellung auftauchen müssen“.

5) Haushaltsanträge

I – Spendensiegel:

Erklärung des Vorstandes: dPV hatte ursprünglich das Spendensiegel, hat es aber wieder zurückgegeben, da die Kosten-/Nutzenrelation nicht stimmt (angeblich insgesamt Kosten für Spendensiegel in Höhe von ca. 70.000.-€inkl. eines dann angeblich notwendigen qualifizierten Bilanzbuchhalters). Auf der Internet-Seite des TZI herrsche keine Transparenz, es sei nicht barrierefrei zugänglich. Spendensiegel sei letztlich kein Qualitätsmerkmal, Missbrauch der Mittel sei dennoch möglich. Dafür sei Kostenaufwand viel zu hoch.

Fr. v. Renesse: „Vorstand ist auf der Suche nach „angemessenen“ Spendensiegeln. Prüfung ist bis Jahresende nicht möglich“.

Die Geschäftsführung spricht sich gegen den Antrag aus.

(Kommentar: Im Verlauf der Diskussion stellt sich heraus, dass nicht nur dieser Haushaltsantrag nachträglich umformuliert worden war, niemand weiß angeblich von wem und weshalb...).

(Anmerkung: In der Vorlage hatte der Vorstand noch die Annahme des (modifizierten) Haushaltsantrages empfohlen.)

In der folgenden Abstimmung stimmen die Delegierten dem Votum der Geschäftsleitung zu. Der Antrag wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

II – Antrag auf Wechsel des Wirtschaftsprüfers:

Mehrhoff plädiert gegen einen Wechsel. Argumentation: „Wirtschaftsprüfer werden in der Regel nicht gewechselt. Wirtschaftsprüfung ist sehr aufwendig, sie ist Vertrauenssache“.

„Der aktuelle Wirtschaftsprüfer ist günstiger als andere“.

(Anmerkung: Damit argumentiert und plädiert Mehrhoff auch bei diesem Antrag gegen den schriftlichen Beschlussvorschlag des Vorstand, der eine Zustimmung zum Wechsel des Wirtschaftsprüfers empfohlen hatte. In der Diskussion bezog der Vorstand keine klare Position).

III – Antrag zum Rechenschaftsbericht:

Der Rechenschaftsbericht der dPV sei teils fehlerhaft und nicht transparent. Darstellung solle überarbeitet werden. Auch hier wird ein neuer Wirtschaftsprüfer gefordert.

Im Folgenden zieht der Antragsteller den Antrag zurück, über den Antrag sei bereits gesprochen und entschieden worden.

Aussprache:

In der folgenden allgemeinen Diskussion erklären sämtliche Redner ihre Zustimmung zum Vorstand, äußern ihre Empörung über die Vorgänge und die Einschätzung, dass alles bestens laufe – es gebe keinen Grund irgendwas zu ändern. Sämtliche Anwürfe und Beschuldigungen seien widerlegt.

(Kommentar: Alle Anträge, alle Entwicklungen werden vor dem Hintergrund der jüngsten Vorkommnisse gesehen und eingeordnet. Sie werden vom Vorstand und von den Rednern genutzt, um sich von Querulanten, von Kritik, Misstrauen, Sektierertum etc. zu distanzieren. Kein Delegierter redet ohne sich zuvor zu distanzieren und seine Empörung zu äußern... Im Verlauf der Aussprache werden immer wieder Unstimmigkeiten angesprochen. Sie werden aber in keinem Fall weiter verfolgt, da jede/r sich von Kritik gegenüber dem Vorstand distanzieren und seine Loyalität zum Vorstand betonen möchte. Jede kritische Nachfrage, jegliches Hinterfragen gerät sofort in den Kontext „Verunglimpfung der dPV“. Mehrere Anträge werden ohne Klärung zurückgezogen (z.B. auch bzgl. Transparenter Darstellung der Personalkosten).

Letztlich werden alle Anträge aus dem Plenum zurückgewiesen, auch diejenigen, deren Annahme der Vorstand in der Kommentierung der Vorlagen noch empfohlen hatte).

Prüfung der dPV durch die BAG SH (Bundesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe):

Antwort auf die diesbezügliche Frage eines Delegierten („warum wurden die Delegierten nicht davon in Kenntnis gesetzt, dass zur Zeit diese Prüfung läuft“):

Mehrhoff: Der Vorstand plane gezielte Öffentlichkeitsarbeit, er müsse juristische Fragen klären und einbeziehen. Das ganze sei eine kritische und sensible Angelegenheit.

U40:

Derzeit konnte kein neuer Bundesbeauftragter vom Vorstand bestätigt werden. Alle 3 vorgeschlagenen Personen haben zurückgezogen. Es fehlt eine geeignete Person.

Fazit des Vorstandes:

Es war eine schwere Zeit, aber nun sei alles wieder auf gutem Gleis. Alle Vorwürfe konnten zurückgewiesen werden. Rechtliche Stellungnahmen sind in Vorbereitung, ebenso Gespräche mit Krankenkassen und Sponsoren. Die Bemühungen um rechtliche Klärung waren erfolgreich.